

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/154

15. August 1977

Solidarität üben

25 Jahre Mitgliedschaft bei der Weltbank

Von Marie Schlei MdB
Stellvertretender Gouverneur der Weltbank und Bundes-
minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 1 und 2 / 94 Zeilen

Politik in Bremen kein lukratives Geschäft

Abgeordnetenmandat nicht als Full-Time-Job und ohne
Spitzenbezüge

Von Henning Scherf
Landesvorsitzender der SPD-Bremen

Seite 3 und 4 / 67 Zeilen

Selbstherrlicher Umgang mit der Macht

CSU betrachtet Kritik als "Majestätsbeleidigung"

Von Dr. Helmut Rothemund MdL
Fraktions- und Landesvorsitzender der SPD in Bayern

Seite 5 / 46 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Neussallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 130 406
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 21 90 35-39
Telefax: 00 48 048-48 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Solidarität üben

25 Jahre Mitgliedschaft bei der Weltbank

Von Marie Schlei MdB

Stellvertretender Gouverneur der Weltbank und
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Vor zwei Monaten haben wir uns daran erinnert, daß vor 30 Jahren der Marshall-Plan verkündet worden ist. Was die damals praktizierte internationale Solidarität für unseren Wiederaufbau bedeutet hat, wissen wir alle: ohne sie wäre das, was man "Wirtschaftswunder" genannt hat, nicht möglich gewesen. Jetzt jährt sich ein weiteres wichtiges Datum: am 15. August 1952 trat die Bundesrepublik Deutschland der Weltbank bei. Diese "Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung" wurde 1944 unter dem Eindruck der verheerenden Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges gegründet. Ihr ursprüngliches Ziel war das wirtschaftliche Wiedererstarben ihrer Mitgliedsländer. Inzwischen ist die Weltbankgruppe immer mehr zu einer Organisation der Entwicklungsfinanzierung geworden. Die Bank finanziert Projekte, die dem Wachstum und der wirtschaftlichen Entwicklung der Mitgliedsländer dienen. Den größten Teil ihrer Mittel bringt sie auf den internationalen Kapitalmärkten in etwa 90 Ländern auf.

Die Weltbank vergibt ihre Kredite so günstig wie möglich. Doch entsprechend ihrer Finanzierung muß sie sich an bankmäßige Gesichtspunkte halten und marktnahe Zinsen fordern. Sie betragen zur Zeit acht Prozent. Es gibt zahlreiche Länder, die nicht in der Lage sind, diesen Zinssatz zu bezahlen. Daher wurde 1960 die Weltbanktochter International Development Association (IDA) gegründet, der die Bundesrepublik Deutschland als Gründungsmitglied angehört. Die Finanzmittel der IDA stammen im wesentlichen aus Haushaltsmitteln der ihr angehörenden Industriestaaten und neuerdings auch aus Mitteln einiger OPEC-Länder.

An die Vergabe von IDA-Krediten werden strenge entwicklungspolitische Maßstäbe angelegt. Ihre Konditionen sind außerordentlich günstig: ihre Laufzeit beträgt 50 Jahre, die ersten zehn Jahre sind tilgungsfrei, statt Zinsen wird eine jährliche Verwaltungsgebühr in Höhe von 0,75 Prozent erhoben.

Eine weitere Weltbanktochter, die 1956 gegründete International Finance Corporation (IFC), hat sich zur Aufgabe gesetzt, den privaten Sektor der Wirtschaft von Entwicklungsländern zu unterstützen.

Hauptaufgabe von Weltbank und IDA ist die Finanzierung von Entwicklungsprojekten. Daneben übernimmt sie auch immer mehr Aufgaben der technischen Zusammenarbeit bei den von ihr finanzierten Projekten. Ein Hauptziel ist die Stärkung der planerischen Fähigkeiten in den Entwicklungsländern.

In den ersten Jahren konzentrierte sich die Weltbank auf Projekte, die als mittelbar produktiv galten, d.h. besonders auf Infrastrukturmaßnahmen bei der Stromerzeugung, im Verkehrswesen und bei der Bewässerung. Anfang der 60er Jahre wurde die Bedeutung von Landwirtschaft, Industrie und Schulwesen für den allgemeinen Wohlstand immer klarer erkannt. Die Weltbank dehnte ihre Tätigkeit auf diese Gebiete aus.

1970 wurde die Bilanz der ersten Entwicklungsdekade gezogen. Es zeigte sich, daß wirtschaftliche Fortschritte erzielt worden waren, die aber in vielen Fällen die Lebensbedingungen für die Mehrheit der Menschen in der Dritten Welt nicht verbessert hatten. Damals begann ein weltweites Umdenken, weg von abstrakten Wachstumsraten zum naheliegenden Ziel der Befriedigung der

Grundbedürfnisse der Menschen. 1973 hat die Weltbank ein Programm begonnen, das darauf gerichtet ist, die Ärmsten der Armen in den Entwicklungsländern zu aktivieren und zu mobilisieren. Es geht darum, Krankheit, Armut, Hunger, Analphabetentum zu besiegen, damit auch die rund 40 Prozent der Bevölkerung, die bisher am Rande stehen, produktiv tätig werden können.

Seither werden die von der Weltbankgruppe mitfinanzierten Projekte auch nicht mehr nur darauf geprüft, ob sie technisch solide, wirtschaftlich ertragsversprechend und verwaltungsmäßig durchführbar sind. Auch soziale Wirkungen und Umweltbelastungen werden berücksichtigt.

Die Bundesrepublik Deutschland hat derzeit einen Anteil von 5,34 Prozent des Stammkapitals der Weltbank gezeichnet. Er wird demnächst auf 5,42 Prozent erhöht. Sie verfügt über knapp fünf Prozent der Stimmrechte. Zur IDA hat die Bundesregierung bisher 1,6 Milliarden Dollar beigetragen, das sind 10,03 Prozent der Gesamtsumme. An der fünften Aufstockung der IDA-Mittel für die Jahre 1977/78 - 1979/80 beteiligten wir uns mit 838,8 Millionen US-Dollar. Am Eigenkapital der IFC ist die Bundesrepublik Deutschland mit 3,37 Prozent beteiligt. Dieser Anteil soll sich bei der ersten Kapitalaufstockung auf rund 5,5 Prozent erhöhen. Hinzu kommen die sehr beträchtlichen Mittel, die Weltbank und IFC auf dem deutschen Kapitalmarkt aufgenommen haben. Bis zum 31. Dezember 1976 waren dies insgesamt 7,815 Milliarden DM.

Von der Weltbank wie von der IDA hat die Industrie der Bundesrepublik im Rahmen internationaler Ausschreibungen große Aufträge erhalten können. Sie gehen weit über unsere Finanzierungsbeiträge hinaus.

Das, was wir für die Länder der Dritten Welt leisten, hat positive Rückwirkungen auf unsere heimische Wirtschaft. Wenn wir beispielsweise über die Weltbankgruppe zur Finanzierung eines Bewässerungsprojektes in Lateinamerika oder eines Bildungsprojektes in Afrika beitragen, tun wir gleichzeitig etwas für die Sicherung deutscher Arbeitsplätze. Je umfangreicher das Geschäftsvolumen der Weltbank, desto mehr von dort finanzierte Aufträge gehen an die deutsche Wirtschaft. Dies muß immer wieder gegenüber denen betont werden, die aus kurzfristigem Eigeninteresse wünschen, daß deutsche Kredite für die Dritte Welt nur zum Kauf in Deutschland benützt werden. Nicht, indem wir unsere Hilfe durch solche Auflagen weniger wert machen, sichern wir hier Arbeitsplätze, sondern indem wir auf die erfolgsversprechendste Weise zum wirtschaftlichen Erstarken der Dritten Welt beitragen. Und dazu gehört, daß wir den Kreditnehmern erlauben, dort einzukaufen, wo sie die günstigsten Preise aus-handeln können.

Die Zahl der Mitglieder der Weltbank ist von 38 Staaten im Jahre 1944 auf heute 128 angewachsen. Die Bundesrepublik Deutschland gehört zu einem ihrer wichtigsten Geldgeber. Sie entsendet ihrem Kapitalanteil entsprechend Personal in den gemeinsamen Verwaltungsstab von Weltbank und IDA.

Wir Deutschen haben aus den uns zur Verfügung gestellten Marshall-Plan-Geldern großen Nutzen gezogen. Gleichzeitig haben auch die Vereinigten Staaten, von denen der Marshall-Plan ausgegangen ist, von ihm profitiert. Das wiedererstarkte Westeuropa wurde zu ihrem wichtigen Handelspartner. Wir haben daraus gelernt, daß Eigeninteresse und internationale Solidarität sich durchaus verbinden lassen. Dies gilt auch für unser Verhältnis zu den Entwicklungsländern. Hier sind wir in der Rolle des stärkeren Partners, der aufgerufen ist, Solidarität zu üben. Die Weltbankgruppe ist für uns ein gutes Instrument, um in diesem Geiste mit der Dritten Welt zusammenzuarbeiten. (-/ 15.8.1977/ks/ja)

Politik in Bremen kein lukratives Geschäft

Abgeordnetenmandat nicht als Full-Time-Job und ohne Spitzenbezüge

Von Henning Scherf

Landesvorsitzender der SPD-Bremen

Politik soll in Bremen nicht zu einem lukrativen und einträglichem Geschäft werden. Auch in Zukunft wird es in der Hansestadt keine Parlamentarier geben, die ihr Abgeordnetenmandat als Full-Time-Job betreiben und dafür Spitzenbezüge kassieren.

Dies zumindest ist die Vorstellung einer vom Bremer SPD-Landesparteitag eingesetzten Kommission, in der Vertreter von Partei und Fraktion in den letzten acht Monaten den Versuch unternahmen, die Rechte, den Status und die materielle Absicherung der Bremischen Bürgerschaftsabgeordneten für die Zukunft neu zu formulieren. Die Neufassung des Abgeordnetenrechts war notwendig geworden, seit das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil vom 5. November 1975 gefordert hatte, daß das Abgeordnetendasein künftig als Beruf anerkannt und auch entsprechend mit allen Konsequenzen der Versteuerung entlohnt werden müsse.

Doch während die neue Beschreibung des Abgeordnetenrechts vielerorts zu einem Gerangel um neue Rekord-Diäten zu werden scheint (in den CDU/CSU-regierten Ländern z.B. Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen sind die Monatsdiäten von 7 000 bis 12 000 DM für ein Landtagsmandat in der Diskussion), liegt in Bremen jetzt ein Vorschlag auf dem Tisch, der die Bürgerschaftsabgeordneten der Hansestadt auch künftig dort belassen wird, wo sie heute schon rangieren: Am letzten Ende der Politiker-Gehaltsskala in der Bundesrepublik.

2 500 DM Brutto, von denen jeder Abgeordnete seine Steuern und seine Sozialabgaben selbst zu zahlen hat, sollen - so schlägt es die SPD-Kommission vor - die Bremer Bürgerschaftsabgeordneten künftig verdienen. Die neuen, fortan steuer- und sozialversicherungspflichtigen Bezüge entsprechen in etwa jenen 1 500 DM, die die Bremer Mandatsträger nach dem gegenwärtig geltenden Recht einstweilen noch steuerfrei einstecken dürfen.

Der Verzicht auf finanzielle Höhenflüge und Spitzendiäten, wie sie in anderen Bundesländern der Bundesrepublik als Konsequenzen auf das BvG-Urteil erwogen werden, machten auch deutlich, was die erklärte Absicht der SPD-Kommission ist: Full-Time-Politiker, die allein durch ihr Abgeordnetenmandat gut betucht leben können, soll es in Bremen auch in Zukunft nicht geben.

Die Kommission des SPD-Landesparteitags hat sich für einen Teilzeitpolitiker entschieden. Für einen Politiker, der neben seiner Abgeordnetenbeschäftigung weiter seinem Beruf nachgeht. Freigestellt werden sollen zukünftig neben den Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die Mitarbeiter der Körperschaften, Anstalten und Stiftungen sowie der Gesellschaften öffentlichen Rechts, an denen das Land Bremen und/oder die Stadtgemeinden zu mehr als 50 Prozent beteiligt sind - ein von der Kommission zusätzlich eingebauter neuer Bremsklotz gegen die Gefahr von Grauzonen in der Politik. Dadurch wird

Überzeugend ausgeräumt, daß politische und wirtschaftliche Interessen verquickt werden.

Dixten und die Bezüge aus dem privat betriebenen Beruf des Abgeordneten sollen den Bremer Parlamentariern ermöglichen, was das Bundesverfassungsgericht gefordert hat: Finanzielle Unabhängigkeit, um seine Abgeordnetentätigkeit unbeeinflusst von materiellen Sorgen und Versuchungen ausüben zu können. Spitzenbezüge indessen - dies die erklärte Absicht der SPD-Thesen zum neuen Abgeordnetenrecht - sollen auch künftig in der Bremer Politik nicht zu verdienen sein. Dies um so weniger, als die SPD-Kommission endgültig abschaffen will, was bislang als die größte Versuchung für Abgeordnete galt, aus ihrer politischen Tätigkeit finanziellen Nutzen zu ziehen: Beratertätigkeiten und Lobbyfunktionen, beides soll den Bremer Abgeordneten auf Vorschlag der SPD-Kommission künftig untersagt werden. In Punkt 7 der Thesen zum neuen Abgeordnetenrecht heißt es hierzu: "Bezüge aus einem Angestelltenverhältnis, aus einem sogenannten Beratervertrag oder ähnlichem, die Abgeordnete, ohne die danach geschuldeten Dienste zu leisten, nur deshalb erhalten, weil von ihnen im Hinblick auf ihr Mandat erwartet wird, sie würden in der Bürgerschaft die Interessen des zahlenden Arbeitgebers, Unternehmens oder der zahlenden Organisation vertreten, sind unzulässig."

Ob die Vorstandsthesen indes unverändert Gesetz werden, ist einstweilen noch offen. Nach einem SPD-Parteibeschluss steht über eine Änderung des Abgeordnetenrechts der SPD-Basis das letzte Wort zu. In den 77 Bremer und Bremerhavener SPD-Ortsvereinen und Unterbezirken wird man jetzt diskutieren müssen, ob Gesetz wird, was die Kommission vorgeschlagen hat. In Bremen werden sich die Abgeordneten nicht selbst bedienen können. Die Entscheidung über die Abgeordnetendiäten muß ein Prüfstein innerparteilicher Demokratie werden.

(-/ 15.8.1977/kr/ja)

+ + +

Selbstherrlicher Umgang mit der Macht

CSU betrachtet Kritik als "Majestätsbeleidigung"

Von Dr. Helmut Rothmund MdL

Fraktions- und Landesvorsitzender der SPD in Bayern

Die Art und Weise, mit der die CSU-Landesleitung auf meine Hinweise zum Zusammenspiel zwischen der CSU und der Staatsregierung reagiert, zeigt, wie empfindlich sie hier getroffen wird. Offensichtlich ist die CSU unfähig geworden, sich mit kritischen Bemerkungen sachlich auseinanderzusetzen. Die CSU-Landesleitung hat vielmehr jedes Maß an Selbstkontrolle verloren, wie ihre rüde Sprache zeigt. Kritik wird von ihr als "Majestätsbeleidigung" nur noch mit pauschalen Verleumdungen geahndet.

Die bayerische SPD wird sich dadurch jedoch in ihrer sachlichen Oppositionspolitik nicht irremachen lassen und auch weiterhin die Überheblichkeit sowie den Machtmißbrauch der CSU aufzeigen, wann immer dies erforderlich wird.

An Beispielen fehlt es nicht, da in den letzten Jahren immer deutlicher wurde, wie selbstherrlich die CSU mit der Macht umgeht. So sind SPD-Landtagsabgeordnete von den Gesprächen bei den Bezirksregierungen über die Gebietsreform ausgeschaltet worden, weil sie im Wahlkreis und nicht im Stimmkreis gewählt wurden. Der FDP hat man den Fraktionsstatus vorenthalten, um sie für die Fortsetzung der sozial-liberalen Koalition zu bestrafen. Im Untersuchungsausschuß Heubl hat man, obwohl ihm kein Zeugnisverweigerungsrecht zustand, die Vernehmung von Strauß entgegen den gesetzlichen Bestimmungen verhindert. Minister und Staatssekretäre haben in beinahe halber Kabinettsstärke das Kabinett Goppel verlassen, um gutbezahlte "Pfründe" im staatlichen Bereich zu übernehmen.

Wie sehr die Ministerialbürokratie längst zum Handlanger der CSU-Abgeordneten geworden ist, verdeutlichen folgende Beispiele: Im Wohnbereich des CSU-Generalsekretärs Tandler rühmt sich ein Landratskandidat der CSU ungeniert und von der CSU-Landesleitung unwidersprochen seiner Beziehungen zur Ministerialbürokratie, weil die Mitarbeiter in den Ministerien "alles Freunde der CSU" seien, die "dem SPD-Landrat skeptisch und mißtrauisch" gegenüberstünden. Und in Weiden läßt die CSU den Eindruck zu, daß ein Oberbürgermeisterkandidat der CSU bessere Beziehungen zur Staatsregierung habe, als der Kandidat der SPD. So wird systematisch ein "Beziehungsdenken" gepflegt, insbesondere auch dadurch, daß mit Erfolgsmeldungen von CSU-Abgeordneten immer wieder versucht wird, den Eindruck zu erwecken, CSU-Abgeordnete erreichen bei staatlichen Behörden mehr als andere. Immerhin: CSU-Abgeordnete können in Gefängnissen zu Veranstaltungen einladen, zu denen Beamte dienstfrei erhalten. Der Justizminister, der in Wirklichkeit Hausherr ist, wird als Gast behandelt!

Ein besonders trauriges Kapitel ist der Mißbrauch staatlicher Mittel zur Werbung für die CSU-Regierung. Jahrzehntlang hat die CSU-Staatsregierung in ungehörtester Weise für sich selbst Propaganda gemacht. Deshalb ist bereits 1975 die Staatsregierung auf Betreiben der SPD durch Beschluß des Bayerischen Landtags verpflichtet worden, dem Landtag jährlich über ihre Öffentlichkeitsarbeit detailliert zu berichten. Daß hiermit allein dem "Werbungsunwesen" nicht beizukommen ist, zeigt ein Beispiel aus jüngster Zeit: Die von der Staatsregierung herausgegebene Zeitungsbeilage "BY", für die insgesamt rund eine halbe Million DM ausgegeben wird. Auch diese Beilage ist eine reine Selbstdarstellung des Regierungsprogramms zu Lasten einer differenzierten Information des Bürgers über aktuelle Probleme.

(-/15.8.1977/ks/ja)